



Dirk Wedel

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Staatssekretär a.D.
Richter am Landgericht a.D.

Stadt Haan
Erste Beigeordnete
Frau Annette Herz
Dezernat II

-per Email-

Düsseldorf, 8. Januar 2024

Ihre Email vom 2. Januar 2024 - Appell der AG 78 in Haan an die Landtagsabgeordneten - "Kürzt uns nicht weg!" - Für eine auskömmliche und bedarfsgerechte Finanzierung der Kinder- und Jugendförderung und Kinderbetreuung in Haan

Sehr geehrte Frau Herz,

vielen Dank für Ihre E-Mail vom 2. Januar 2024. Gerne antworte ich Ihnen als zuständiger Abgeordneter der FDP-Landtagsfraktion NRW für den Kreis Mettmann zur aktuellen Finanzsituation unserer Kindertagesstätten.

Wir müssen uns darauf verlassen können, dass in Nordrhein-Westfalen ein belastbares und qualitativ hochwertiges Angebot von Kindertageseinrichtungen besteht. Neben der Kindertagespflege stellen die Kindertageseinrichtungen mit ihrem engagierten Fachpersonal die frühkindliche Bildung unserer Kleinsten sicher und ermöglichen es, dass Eltern ihrer Tätigkeit nachgehen können. Es ist Aufgabe und klare Länderkompetenz hierfür die entsprechenden Rahmenbedingungen zu stellen und die auskömmliche Finanzierung sicherzustellen.

Uns ist allen klar, dass das System der frühkindlichen Bildung unter massiven Druck steht, der eine Zahl von Trägern und Einrichtungen bereits an den Rand der Aufgabe gebracht hat. Es kommt aktuell bereits verstärkt zu Einschränkungen der Betreuungszeiten sowie anderen Angebotseinschränkungen. Zum einen fehlen in NRW rund 25.000 Fachkräfte, Tendenz steigend. Die fehlenden Fachkräfte haben wiederum hemmende Auswirkungen auf die Anzahl der angebotenen Kitaplätze, so dass in NRW laut einer Studie des IW Köln rund 87.400 Plätze fehlen. Laut der Bertelsmann-Stiftung müssen bis 2030 fast zusätzlich 260.000 Plätze neu geschaffen werden, um mit den demografischen Entwicklungen Schritt zu halten. Die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf frühkindliche Bildung kann somit nicht mehr garantiert werden.

Das dringlichste Problem für die Kita-Träger ist aber die aktuelle Finanzierungssituation. Laut einer aktuellen Umfrage des Deutschen Kitaverbands sehen in Nordrhein-Westfalen 78 Prozent der befragten Träger die deutliche Unterfinanzierung als eine ihrer größten Herausforderungen. Ursachen dafür sind die Preissteigerungen bei den Energiekosten und die zuletzt historisch hohe Inflationsrate in Deutschland. Hinzu kommt zudem der Tarifabschluss für den Öffentlichen Dienst.

Aus Sicht der FDP-Landtagsfraktion reagiert die Landesregierung von CDU und Grünen auf die brenzliche Lage der Kindertagesstätten unzureichend bis grob fahrlässig. Als Oppositionspartei haben wir die Landesregierung sowie die regierungstragenden Parteien frühzeitig auf den sofortigen

Handlungsbedarf aufmerksam gemacht. Dies geschah noch vor den Tarifabschlüssen, die sich damals aber bereits abzeichneten und unter dem Eindruck der steigenden Inflation in Deutschland. Unsere Anträge wie auch das Angebot gemeinsam schnelle Lösungen auf den Weg zu bringen, wurden von Seiten der Regierung ausgeschlagen. Nun befinden wir uns in einer sehr kritischen, aber vorhersehbaren Situation.

In der letzten Legislatur wurde im Jahr 2020 in Verantwortung der FDP eine Reform des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) durchgeführt. Wichtigste Neuerung stellte die Einführung eines Index auf Basis der tatsächlichen Kostenentwicklung und damit die Dynamisierung der Kindpauschale. Bis zu dieser Reform wurde die Kindpauschale jährlich nur um jeweils 1,5 % erhöht. Das Problem dieser Finanzierung war, dass die Steigerung der realen Kosten höher ausfiel, als die der Kindpauschalen und die tatsächliche Tarifentwicklung des Personals sowie die Entwicklung der Sachkosten nicht berücksichtigt wurden.

Nun hat sich gezeigt, dass die Regelungen des KiBiz auf die aktuelle Situation nicht anwendbar ist. Die nachgelagerte Anpassung der Kindpauschale erweist sich als nicht krisenresilient. Die gesetzlich vorgesehene Anpassung der KiBiz-Pauschale um 10 Prozent für das Kita-Jahr 2024/2025 ermöglicht langfristig zusätzliche finanzielle Mittel. Allerdings ist unklar, warum diese Pauschale durch die Landesregierung nicht vorverlegt und früher ausgezahlt wird. Die Überbrückungshilfe der Landesregierung in Höhe von 100 Millionen Euro wird in der derzeitigen Lage allein nicht ausreichend sein. Frühzeitig auf finanzielle Unterstützung zugreifen zu können ist unumgänglich in Zeiten akuter Finanzierungsprobleme. Wir hatten daher als FDP-Landtagsfraktion gefordert, die Dynamisierung auf den 1. Januar 2024 vorzuziehen und die Mittel bereits deutlich früher als zum Start des neuen Kindergartenjahres am 1. August 2024 bereitzustellen. So hätte sichergestellt werden können, dass die vorhandene Kita-Infrastruktur diese schwere Zeit übersteht und ihrem wichtigen Auftrag der Kinderbetreuung und der frühkindlichen Bildung nachkommen kann.

Darüber hinaus braucht es eine Task Force, die einen ersten Entwurf zu einer erneuten Reform des Kinderbildungsgesetzes zeitnah vorlegt. Die KiBiz-Reform muss beschleunigt werden und deutlich vor dem Jahr 2026 zu einem Abschluss kommen. Wir brauchen eine krisenfeste Grundfinanzierung für unsere Kitas, in denen die Kinder wichtige Fähigkeiten für ihren weiteren Lebensweg erlernen. Hier werden die Grundlagen für eine erfolgreiche Schullaufbahn gelegt und nur hier können Entwicklungsunterschiede im Sinne der Chancengerechtigkeit ausgeglichen werden.

Mit freundlichen Grüßen



Dirk Wedel